

Die Erklärungen der Regierung

Gegeben der Abordnung der Vertrauensmänner am Samstag abend.

Die Abordnung, die, wie an anderer Stelle berichtet wird, in der Zentralversammlung der Vertrauensmänner in Eisenbahnerheim gewählt wurde, ist von der Regierung im Minister salon des Abgeordneten Hauses empfangen worden. Dieser Abordnung wurden die Erklärungen der Regierung über die vier Punkte mitgeteilt, die als Forderung des allgemeinen Ausstandes verstanden worden waren. Ueber den Verlauf wird folgendes amtlich berichtet:

Am Samstag abend empfing der Ministerpräsident Ritter v. Seidler in Gegenwart des Ministers Döfer, des Ministers des Innern Grafen Toggendorf und des Ministers für Landesverteidigung v. Czapp eine Reihe von Vertretern der Arbeiterschaft, die unter der Führung der Reichsratsabgeordneten Adler, Seitz, Kerner, Dornes und Danusch erschienen waren.

Abgeordneter Seitz hielt folgende Ansprache:

Meine Herren! Ein furchtbarer Krieg zerfleischt die Völker Europas. Dreieinhalb Jahre hindurch haben die Massen aller Völker das Elend ertragen. Erst vor wenigen Wochen fiel das erlösende Wort. Rußland und die Mittelmächte schlossen Waffenstillstand und in Brest-Litowsk begannen die Friedensverhandlungen. Die Völker hofften auf Erlösung. Aber vor kurzem kam eine schwere Enttäuschung. Die Verhandlungen wurden schleppend, man gewann den Eindruck, sie müßten scheitern. Die Massen der Arbeiter, durch die Qualen der Ueberarbeit geschwächt, infolge der mangelhaften Verhältnisse des Ernährungsdienstes entkräftet, gerieten in Verzweiflung und ein verhältnismäßig geringfügiges Ereignis löste eine

unabsehbare elementare Bewegung

aus. Die Arbeiter verließen Werkstätten und Fabriken. Sie fordern Erlösung von der Qual eines unerträglichen Zustandes. Sie begehren gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel auf alle und Einfluß auf die für den Ernährungsdienst maßgebendsten Organe der Verwaltung, auf die Gemeinden; vor allem aber

heischen sie den Frieden

oder doch die Bürgschaft, daß die Verhandlungen in absehbarer Zeit ein gedeihliches Ende finden. Sie haben durch ihre Vertreter die Forderungen überreicht und sie kommen heute, die Antwort der Regierung entgegenzunehmen. Möge sie derart sein, daß sie den Massen genügt. Möge sie die Bürgschaft sein für den vorläufigen Teilsfrieden mit Rußland, der der Vorbote sein wird des allgemeinen Friedens, der Erlösung der Menschheit von dem furchtbarsten Kriege, den die Weltgeschichte kennt!

Der Ministerpräsident

erklärte, es sei ihm gerade in der gegenwärtigen ernsten Zeit, die ein inniges und einträchtiges Zusammenwirken aller am Wohle des Staates interessierten Schichten ganz besonders erfordere, sehr erwünscht, mit den erschienenen Vertretern der Arbeiterschaft in unmittelbarem Kontakt treten zu können. Die Regierung wolle sich über alle von der Deputation erwähnten Fragen mit voller Aufrichtigkeit

Zeit und Klarheit äußern und glaube, daß der Standpunkt, auf den sich die Regierung hinsichtlich der einzelnen Punkte stelle, ein derartiger sei, daß er von der Arbeiterschaft mit vertrauensvoller Zustimmung entgegengenommen werden könne. Was zunächst die Friedensfrage anlangt, so sei der Ministerpräsident in der Lage, folgende Erklärung abzugeben:

Erklärung des Ministers des Innern über den Frieden.

Es ist der heftigste Wunsch Seiner Majestät, ehevaldigst den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Im Sinne dieser Intentionen Seiner Majestät des Kaisers und in Beobachtung der von ihr wiederholt befanntgegebenen Richtlinien ihrer Politik hat die k. u. k. Regierung alles, was in ihrer Macht steht, getan und wird sie auch in Zukunft alles, was ihr möglich ist, tun, um den allgemeinen Frieden möglichst bald herbeizuführen. Ist derzeit nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so fällt die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die alle unsere wiederholten Friedensangebote aus-

geschlagen haben. Dessenungeachtet hält die k. u. k. Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Es liegt ihr nach wie vor fern, die Erreichung dieses Zieles durch irgend welche Eroberungsabsichten zu erschweren, und sie hält nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß internationale Vereinbarungen über die Abrüstung und über Schiedsgerichte die geeignetste Grundlage zu einem allgemeinen Frieden zu bieten vermögen.

Was die Friedensverhandlungen mit Rußland anlangt, so hat die k. u. k. Regierung bereits wiederholt erklärt, daß sie keinerlei territoriale Erwerbungen auf Rußlands Kosten anstrebt; an solchen Plänen können und werden daher die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Was insbesondere Polen betrifft, so betrachtet die k. u. k. Regierung Polen als einen selbständigen Staat, der seine Beziehungen zu uns selbständig zu regeln hat, wobei unsererseits selbstverständlich auch den gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten